

Antrag

**der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ulrike Höfken und der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

Überschüssige Mittel aus EU-Agrarhaushalt für Bekämpfung der Hungerkrise nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die Initiative des Präsidenten der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, zu unterstützen, 1 Mrd. € aus den Mitteln für die Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern einzusetzen.
2. sich dafür einzusetzen, dass mit den zusätzlichen Geldern vor allem die nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft in Ländern unterstützt wird, die von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind.

Berlin, den 9. Oktober 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Welternährungsorganisation (FAO) hat vor kurzem bekannt gegeben, dass die Zahl der chronisch unterernährten Menschen in diesem Jahr bereits von 850 auf 923 Millionen gestiegen ist.

VN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat sowohl im Mai auf dem Welternährungsgipfel in Rom als auch Ende September auf der VN-Sondervollversammlung in New York deutlich gemacht, dass die internationale Gemeinschaft auf die sich verschärfende Nahrungsmittelkrise entschlossen reagieren muss, wenn sie verheerende weltweite Folgen wie soziale und politische Instabilität und zunehmende Migrationsströme verhindern will. Gefordert seien vor allem mehr Mittel für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors in den Ländern, die besonders stark von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind.

Die VN-Hunger-Task-Force fordert in ihrem jüngsten Bericht deutlich mehr Mittel für den Landwirtschaftssektor in Entwicklungsländern. Dringend nötig seien Programme, mit denen Kleinbauern in die Lage versetzt werden, auf nachhaltige Weise einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit zu leisten.

Auch die EU hat in der EU-Afrika-Strategie auf die Bedeutung der stärkeren Zusammenarbeit in Fragen der Ernährungssicherheit und nachhaltigen Landwirtschaft hingewiesen.

Im Zuge dieser Debatte hat die Europäische Kommission im Juli 2008 vorgeschlagen, nicht genutzte Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Höhe von 1 Mrd. € aus dem Agrarhaushalt als Krisenfazilität für die Entwicklungsländer umzuwidmen.

Mit diesen neuen Finanzmitteln will die Kommission den Zugang zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Dienstleistungen in Entwicklungsländern erleichtern. Außerdem sollen soziale Notsysteme und Sicherheitsnetze etabliert werden.

Die Bundesregierung sollte die Vorschläge der Europäischen Kommission unterstützen und sich dafür einsetzen, dass die zusätzlichen Mittel vor allem für die Förderung einer für Mensch und Umwelt nachhaltigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den vom Hunger betroffenen Entwicklungsländern eingesetzt werden.